

Ansuchen für ERP-, TOP- oder Impulskredit

(Kredit mit/ohne Haftung für Projektkosten über € 700.000)

Förderungswerber

Name | Firma

Betriebsbezeichnung

Firmenbuch-Nr.

UID-Nr.

Rechtsform

Name d. gewerberechlichen Geschäftsführers

Name d. handelsrechtlichen Geschäftsführers

Geburtsdatum und Hauptwohnsitz des Einzelunternehmers bzw. handelsrechtlichen Geschäftsführers:

Geb.datum (TT.MM.JJJJ)

Straße | Hausnummer

PLZ

Ort

Firmensitz

Straße | Hausnummer

PLZ

Ort

Investitionsstandort

Straße | Hausnummer

PLZ

Ort

Bundesland

Bgld.

Ktn.

NÖ

OÖ

Sbg.

Stmk.

Tirol

Vbg.

Wien

Telefon

Fax

E-Mail

Homepage

Bestehen Unternehmensverschachtelungen / Beteiligungen oder sind solche geplant?

ja

nein

Wenn ja, welche:

Läuft gegen das ansuchende Unternehmen ein Zwangsversteigerungs-, Insolvenzverfahren oder ein Verfahren zum Ausschluss der Gewerbeausübung oder steht ein solches vor der Einleitung?

ja

nein

Projekt

Beschreibung der Investition (was soll gefördert werden? Umbau / Zubau / Neugestaltung / ...)

Projektbeginn

geplante Fertigstellung

Kosten

Grundkosten	€
Planungskosten	€
Baukosten	€
Einrichtung, Ausstattung	€
Kosten, die bei der KPC eingereicht werden	€
Sonstige Kosten (bitte anführen)	€
	€
	€
Summe der Projektkosten	€

Achtung: Es können nur **Projektkosten** finanziert/gefördert werden, die in der **Bilanz aktiviert** werden (keine Betriebsmittel, keine Instandhaltungen)

Ich/Wir beantrage(n) einen geförderten Investitionskredit in höchstmöglichem Ausmaß (bei TOP- oder Impulskredit 60%, bei ERP-Kredit 70%) der förderbaren Projektkosten

Beantragte Besicherungsform

Hypothek ob

EZ	KG	GB
EZ	KG	GB
EZ	KG	GB

Bürge-/ Zahlerhaftung der Hausbank (*über 100% der Kreditnominale*)

Bundeshaftung (*80% d. Kreditnominale*) und Bürge-/Zahlerhaftung der Hausbank (*20% d. Kreditnominale*)

von der Hausbank auszufüllen

Wir bestätigen hiermit unsere Bereitschaft, die Besicherung folgender Kreditanteile mittels einer Bürge- und Zahlerhaftung gemäß § 1357 ABGB zu übernehmen:

100% der Kreditnominale

20% der Kreditnominale. Für die restlichen 80% wird eine Bundeshaftung beantragt.

Ort, Datum

Firmenmäßige Fertigung des Kreditinstitutes

Bestehende Feuerversicherungen (nur auszufüllen, wenn Hypothek als Sicherstellung beantragt wird)

für **Gebäude** bei der

mit €

Pol.-Nr.

für **Inventar** bei der

mit €

Pol.-Nr.

Liegenschaftsvermögen (nur auszufüllen, wenn Bundeshaftung od. Hypothek als Sicherstellung beantragt wird)

Ich/wir erkläre(n), dass die Firma

bzw. ich/wir als Privatperson(en) über die Grundstücke auf folgenden Einlagezahlen verfügen:

EZ	KG

Betriebsbeschreibung

Betriebsart

Kategorie

Eigentumsverhältnisse

Offenhaltungszeit *(in Tagen pro Jahr)*

Firmenstempel

Kapazität

Jahr

Jahr

Jahr

nach Investition

Anzahl der gastgewerblichen Sitzplätze

Davon nicht regelmäßig in Betrieb
(Terrasse, Diskothek, etc.)

Anzahl der Gästezimmer

Gästebetten *(ohne Zusatzbetten)*

Nächtigungen

davon Kindernächtigungen

Personal *(Durchschnitt)*

mittätige Unternehmer

angemeldete Mitarbeiter

davon Lehrlinge *(im 1., 2. u. 3. Jahr)*

Zusatzeinrichtungen

Hallenbad

Sauna

Bar

Freibad

Reiten

Veranst./Seminare

Wellness

Tennis

Golf

Sonstige *(bitte anführen)*

Sonstige Verbindlichkeiten (betrieblich)

Mit Stichtag

waren folgende sonstige Verbindlichkeiten aushaftend:

Lieferverbindlichkeiten	EUR
Finanzamt	EUR
Gemeinde	EUR
Gebietskrankenkasse	EUR
Privatdarlehen	EUR
Wechsel	EUR
	EUR
	EUR
Gesamt:	EUR

Sonstige Verpflichtungen (privat und betrieblich)

Dem Unternehmen bzw. mir/uns als Privatperson(en) entstehen aus Verträgen oder Vereinbarungen folgende regelmäßig fälligen Verpflichtungen:

	betrieblich		privat	
	jährl. Belastung	Laufzeit	jährl. Belastung	Laufzeit
Mietzahlungen	EUR	Jahre	EUR	Jahre
Pachtverträge	EUR	Jahre	EUR	Jahre
Leasingverträge	EUR	Jahre	EUR	Jahre
Leibrente	EUR	Jahre	EUR	Jahre
Alimentezahlungen	EUR	Jahre	EUR	Jahre
Private Versicherungen	EUR	Jahre	EUR	Jahre
Sonstige	EUR	Jahre	EUR	Jahre

Ort, Datum

Firmenmäßige Fertigung des Förderwerbers/der Förderwerberin

betriebliche Bankverbindlichkeiten

Institut Ansprechpartner	Konto-Nr.	Saldo in EUR per _____ (davon Rückstand)	Zinssatz p.a.	Kreditart	Laufzeit von – bis	Je nach Kreditvereinbarung		Raten pro Jahr
						Annuität Rate (inkl. Zinsen in €)	Tilgung Rate (exkl. Zinsen in €)	

private Bankverbindlichkeiten

Institut Ansprechpartner	Konto-Nr.	Saldo in EUR per _____ (davon Rückstand)	Zinssatz p.a.	Kreditart	Laufzeit von – bis	Je nach Kreditvereinbarung		Raten pro Jahr
						Annuität Rate (inkl. Zinsen in €)	Tilgung Rate (inkl. Zinsen in €)	

Ort, Datum

Firmenmäßige Fertigung des Förderwerbers/der Förderwerberin

Bisher erhaltene Förderungen

Hat das antragstellende Unternehmen im laufenden Wirtschaftsjahr oder innerhalb der letzten drei Jahre vor Einbringung dieses Ansuchens bereits Förderungen erhalten?
Wenn ja, welche?

ja

nein

Förderstelle	Art der Förderung (Zuschuss, Kredit, etc.)	Höhe der Förderung in €	Datum der Förderzusage	Verwendungszweck	De-Minimis?	
					ja	nein

(weitere Förderungen bei Bedarf bitte auf einem entsprechenden Beiblatt anführen)

Anzuführen sind beabsichtigte, laufende oder erledigte Ansuchen bei anderen haushaltsführenden Stellen des Bundes oder einem anderen Rechtsträger einschließlich anderer Gebietskörperschaften und der Europäischen Union. Der Antragsteller/Die Antragstellerin ist verpflichtet, diesbezüglich spätere Änderungen bis zum Abschluss des Förderungsvorhabens der ÖHT mitzuteilen.

Ort, Datum

Firmenmäßige Fertigung des Förderwerbers/der Förderwerberin

Verpflichtungen und Erklärungen des Antragstellers / der Antragstellerin

1. Der Antragsteller/Die Antragstellerin verpflichtet sich, das Projekt innerhalb eines vertretbaren Durchführungszeitraumes (längstens innerhalb von 2 Jahren ab Antragseinreichung) umzusetzen und wesentliche Änderungen im Projekt umgehend der ÖHT bekanntzugeben.
2. Der Antragsteller/Die Antragstellerin erklärt sich bereit, die der Tourismusbank (ÖHT) zur Beurteilung der Kreditfähigkeit notwendig erscheinende Buch- bzw. Betriebsprüfung zu gewähren.
3. Der Antragsteller/die Antragstellerin nimmt zur Kenntnis, dass die im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages anfallenden personenbezogenen Daten, deren Verwendung eine wesentliche Voraussetzung für die Wahrnehmung einer dem BMWFW und der ÖHT gesetzlich übertragenen Aufgabe oder sonst gemäß §§ 7 bis 11 des Datenschutzgesetzes 2000 in der jeweils geltenden Fassung zulässig ist, vom BMWFW und der ÖHT für Zwecke des Abschlusses und der Abwicklung des Förderungsvertrages, der Wahrnehmung der dem BMWFW und der ÖHT gesetzlich übertragenen Aufgaben und für Kontrollzwecke verwendet werden. Im Rahmen dieser Verwendung kann es dazu kommen, dass die Daten insbesondere an Organe und Beauftragte des Rechnungshofes (insbesondere gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948, BGBl. Nr. 144 in der jeweils geltenden Fassung), des Bundesministers für Finanzen (insbesondere gemäß §§ 57 bis 61 und 47 BHG 2013, sowie § 14 der ARR 2014) und der Europäischen Union nach den EU-rechtlichen Bestimmungen übermittelt oder offengelegt werden müssen. Dasselbe gilt auch für den Fall, dass mehrere haushaltsführende Stellen oder Abwicklungsstellen dem Förderungsnehmer für dieselbe Leistung, wenn auch mit verschiedener Zweckwidmung eine Förderung gewähren oder gewähren wollen und einander daher zu verständigen haben.
4. Der Antragsteller/Die Antragstellerin nimmt weiters zur Kenntnis, dass das BMWFW und die ÖHT
 - Daten und Auskünfte, insbesondere betreffend Vermögen, Verbindlichkeiten und Liquidität, über den Förderungsnehmer und das Unternehmen bei Dritten einholen bzw. einholen lassen,
 - bei Mehrfachförderungen die in Betracht kommenden und bei Insolvenzverfahren die gesetzlich vorgesehenen Stellen verständigen.
5. Der Antragsteller/Die Antragstellerin erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass die von ihm/ihr im Rahmen seiner/ihrer Geschäftsbeziehung der ÖHT zur Verfügung gestellten Jahresabschlüsse und ergänzenden Informationen von der ÖHT oder einer von ihr ermächtigten oder beauftragten Stelle im Rahmen des Benchmarkingsystems „WEBMARK Hotellerie“ elektronisch ausgewertet und in aggregierter, d.h. mit den Auswertungen von mindestens drei weiteren Unternehmen vermischt, und somit anonymisierter Form weitergegeben bzw. veröffentlicht werden.
6. Der Antragsteller/Die Antragstellerin nimmt zur Kenntnis, dass je nach Verfügbarkeit der Mittel die Möglichkeit besteht, den Förderungsantrag auch in einer anderen als der gewünschten Aktion zu erledigen.
7. Wird ein Förderungsansuchen vom BMWFW gemäß Punkt 6.2. oder 6.3. der TOP-Impulsrichtlinie (geförderter Investitionskredit) positiv entschieden, jedoch vom Förderwerber nicht in Anspruch genommen, so steht der ÖHT eine pauschale Abgeltung ihrer Mühewaltung im Umfang von EUR 5.000 pro Förderfall zu, die vom Förderwerber zu entrichten ist. Wird ein Förderansuchen vom ERP-Fonds positiv entschieden, jedoch vom Förderwerber bis drei Wochen vor Ende der in der Genehmigung genannten Ausnutzungsfrist nicht in Anspruch genommen, so steht dem ERP-Fonds das richtliniengemäß vorgesehene Zuzahlungsentgelt von 0,9% der genehmigten Kreditsumme zu und ist unabhängig vom Zustandekommen des Kreditvertrages zu entrichten.
8. Im Falle einer Haftungsübernahme durch die ÖHT:
Der Antragsteller/Die Antragstellerin hat die Richtlinie des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft für die Übernahme von Haftungen für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft 2014 - 2020 zur Kenntnis genommen und erklärt sich bereit, die Bearbeitungsgebühr gemäß Punkt 11 der oben genannten Richtlinie unmittelbar nach Vorschreibung und unabhängig von einer Haftungszusage zu überweisen. Dies gilt auch, wenn die Förderentscheidung nicht innerhalb der gesetzten Frist angenommen wird oder auf die Annahme seitens des Förderwerbers / der Förderwerberin verzichtet wird.

Das BMWFW und die ÖHT schließen jegliche verschuldensabhängige oder verschuldensunabhängige Haftung, einschließlich der Sachverständigenhaftung gemäß § 1299 und § 1300 ABGB, für ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit Förderungsmaßnahmen – insbesondere für wirtschaftliche und rechtliche Empfehlungen – aus, soweit dem nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

Der Antragsteller/Die Antragstellerin bestätigt mit der Unterfertigung des gegenständlichen Antrages ausdrücklich seine/ ihre Unternehmereigenschaft im Sinne des § 1 Abs. 1 UBG sowie die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben.

Ort, Datum

Firmenmäßige Fertigung des Förderwerbers/der Förderwerberin

Beizulegende bzw. nachzureichende Unterlagen:

liegt
bei wird
 nachgereicht

1. baubehördlich genehmigte Baupläne
(d.h. versehen mit dem Genehmigungsvermerk der Behörde)
2. Kurzbeschreibung der Ausgangssituation des Vorhabens
3. bei Beschneiungsanlagen: wasserrechtliche und naturschutzrechtliche Genehmigung
4. Zusammenstellung der detaillierten Firmenangebote oder Ausschreibungsergebnisse gegliedert nach baulichen Maßnahmen und Einrichtung
5. unterfertigte Jahresabschlüsse oder Einnahmen-/Ausgabenrechnung (samt Vermögensstatus) für die letzten 3 Wirtschaftsjahre
6. Darstellung der Ausfinanzierung (Promesse) und Besicherung (Seite 3 + 4 des Antrages)
7. Pachtvertrag (falls zutreffend)
8. Gewerbeberechtigung(en)
9. Firmenbuchauszug/-auszüge
(auch für Mutter-, Schwester, Tochterunternehmung(en) etc.)
10. Vorscheurechnung für die Zeit nach durchgeführter Investition (Zeitraum 5 Jahre)
11. Rückzahlungsverpflichtungen p.a. (Kapital und Zinsen) betreffend ev. bestehender Altverbindlichkeiten sowie der ev. sonstigen Verpflichtungen (Miete, Pacht, Leasing, Versorgungsrenten, etc.) jeweils für die nächsten 5 Jahre

Bei Bundeshaftung sind zusätzlich folgende Unterlagen beizubringen:

12. Monatliche Erlöse nach Geschäftsbereichen für das vergangene und das laufende Wirtschaftsjahr
13. Monatliche Nüchtigungen des vergangenen und des laufenden Wirtschaftsjahres
14. Grundbuchsauszüge